

Eingegangen
am: 27. Okt. 2016

Kai Barman
mit der Bitte um
Rücksprache

CDU Bürgerschaftsfraktion Bremen | Am Wall 135 | 28195 Bremen



Dr. Joachim Steinbrück
Vorsitzender des Landesteilhabebeirats
der Freien Hansestadt Bremen
Am Markt 20
28195 Bremen

Scannen
Ordner?
UN-BRK, Landesabst. sp.
7. Sitzung LTH

Bremen, 25. Oktober 2016

Ihr Schreiben vom 13. Oktober 2016 mit den Beschlüssen des Landesteilhaberates

Sehr geehrter Herr Dr. Steinbrück,

haben Sie vielen Dank für die Übersendung der Beschlüsse des Landesteilhaberates. Ich teile Ihre Einschätzung, dass Bremen mit der Schulreform aus dem Jahr 2009 einen wichtigen Schritt in Bezug auf die gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Schülerinnen und Schülern gemacht hat. Ich bin mir daher auch sicher, dass die nun bereits angelaufene großangelegte Evaluation des Bremer Bildungskonsenses Sie und mich in dieser Einschätzung bestätigen wird.

Gleichwohl gehört es zur Realität der Bildungspolitik im Land Bremen dazu, dass besonders mit Blick auf die alltägliche Umsetzung der inklusiven Beschulung noch Verbesserungspotential erkennbar vorhanden ist. Auf der Suche nach pragmatischen Lösungsansätzen unter schwierigen Voraussetzungen, sind alle Beteiligten auf fachlich fundierte Rückmeldungen und Einschätzungen aus der Praxis angewiesen. Die Kompetenz des Landesteilhaberates, welche sich u. a. in seinen Beschlüssen widerspiegelt, ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Beitrag.

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Beschlüssen des Landesteilhaberates, stelle ich keinen grundlegenden Dissens zwischen unseren jeweiligen Positionen fest.

So ist es aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit, dass sich jede Schule im Bundesland Bremen intensiv und individuell mit der Umsetzung von inklusiver Beschulung auseinandersetzt. Hierbei gilt es auch immer wieder darzulegen, welche jeweiligen Schritte bisher unternommen wurden und vor allem auch, was zukünftig noch zu tun ist. Denn nur wenn wir transparent und detailliert dargelegt bekommen, an welchem Schulstandort gegeben falls noch Nachholbedarf herrscht, kann Politik auf erkannte Mängel aufmerksam machen und die Verwaltung nachsteuern.

Beim Thema der frühkindlichen Bildung ist es Konsens in Reihen der CDU-Bürgerschaftsfraktion, dass es zu einer stärkeren und schnelleren Verzahnung von Kita und Grundschule kommen sollte. Dies umfasst nicht nur gemeinsame Planungsvorgaben, was Lernziele und angewandte Methodik anbelangt, damit Lernfortschritte kontinuierlicher Förderung unterliegen. Es gilt auch in Bezug auf den Informationsfluss, welcher bei Übergang in die Grundschule keinesfalls versiegen sollte.

In Bezug auf die Schulassistenzen darf ich Ihnen versichern, dass wir diese Facette der schulischen Inklusion in naher Zukunft einer gesonderten Betrachtung unterziehen werden. Hierbei wird sicherlich auch die derzeitigen Ausgestaltungen der Aufgabenbeschreibungen eine Rolle spielen, ebenso wie etwa die Möglichkeit von Vertretungsregelungen. Die derzeitige Praxis, bei welcher Kinder, deren Assistenz erkrankt ist, in vielen Fällen ebenfalls am Schulbesuch gehindert werden, halten wir zumindest für absolut unbefriedigend.

Was die Zukunft der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße anbelangt, so eint uns sicherlich das Interesse an Planungssicherheit – besonders im Interesse der über 40 Schüler, welche derzeit noch dort beschult werden. Im Rahmen der großangelegten Evaluation des Bildungskonsenses muss in Bezug auf die Zukunft dieses Standortes endlich Klarheit geschaffen werden. Nach meiner derzeitigen Einschätzung ist das Vorhalten dieser Fähigkeiten und Plätze für Kinder, die aufgrund ihrer individuellen sozial-emotionalen Beeinträchtigung andernfalls womöglich überhaupt nicht beschulbar wären, aber noch notwendig. Ich möchte daher schon heute dazu anregen, unter breiter Beteiligung der interessierten Fachöffentlichkeit damit zu beginnen, über die zukünftige Beschulung

von Kindern mit Förderbedarf im sozial-emotionalen Bereich im Allgemeinen sowie über die Zukunft der Schule an der Fritz-Gansberg-Straße im Speziellen zu diskutieren. Dies könnte etwa in Form einer öffentlichen Expertenanhörung geschehen, bei welcher ich Sie und den Landesteilhabebeirat gerne miteinbinden würde. Falls Sie wie ich die Notwendigkeit sehen, dieses Themenfeld mit stärkerer öffentlicher Aufmerksamkeit zu versehen und auch bereit wären, sich etwa im Rahmen einer solchen Anhörung miteinzubringen, so würde ich mich über eine kurze Rückmeldung freuen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Thomas vom Bruch MdBB
Stv. Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion
Bildungspolitischer Sprecher